

Auch nicht für einen Verfassungsschutz light

Wie das: Neugründung eines Geheimdienstes erster Schritt zu dessen Abschaffung?

Es ist „wirklich schwer nachzuvollziehen, warum die Neugründung eines Geheimdienstes der erste Schritt zu dessen Abschaffung sein soll“, kommentierte Ralf Kalich, Sprecher für Innenpolitik der Linksfraktion, den am 27. Februar im Landtag beratenen Gesetzentwurf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für eine Neufassung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes. Begründete Zweifel haben auch gegen Neonazis engagierte Bürgerbündnisse deutlich gemacht.

Keine andere Behörde hat in so kurzer Zeit ihre Legitimation verloren, wie der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz. „Die jahrelang wie ein Mantra wiederholte Mär vom Verfassungsschutz als Frühwarnsystem ist zusammengefallen wie ein Kartenhaus“, so Ralf Kalich auch mit Blick auf das Versagen des Geheimdienstes bei der Verfolgung von Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe und dem sich anschließenden Umherirren der Geheimdienste im und um das neonazistische Terrornetzwerk NSU.

„Das wirklich Tragische an der Debatte ist, dass trotz NSU, trotz V-Leute-Skandalen, trotz der Beteiligung der Verfassungsschutzämter am Strukturabbau und an politischen Aktionen von Neonazis, es ein ungebrochenes Bekenntnis zum Geheimdienst als solchen gibt. Und bei Bündnis 90 füge ich hinzu, auch trotz der Erfahrungen aus der DDR“, hatte der LINKE Abgeordnete in seiner Rede im Landtag betont.

Die Linksfraktion hatte im Februar 2012 ihren Gesetzentwurf für eine tatsächliche Abschaffung des Geheimdienstes in Thüringen vorgelegt. Keine einzige Sitzung der beiden Untersuchungsausschüsse des Thüringer Landtages, die sich mit Geheimdienst-Versagen beschäftigen, hat ein Argument für die ersatzlose Abschaffung entkräftet, im Gegenteil. Zutage getre-

ten sind nicht nur personelle Fehler und strukturelle Mängel. „Zutage treten sind vor allem systemische Fehler, die in einem Geheimdienst und in nachrichtendienstlicher, also verdeckter, Informationsbeschaffung angelegt sind. Genau dies berücksichtigt der Grüne-Gesetzentwurf nicht“, kritisierte Ralf Kalich.

Als „inkonsequent“ bezeichnete er den vorgeschlagenen V-Leute-Verzicht auf Probe. Laut Gesetzentwurf der

se des Grüne-Abgeordneten Dirk Adams gerichtet, der zuvor gesprochen hatte, sagte sie u.a. (Auszüge aus dem Plenarprotokoll):

„Auch die Bürgerbündnisvernetzung hat sich ganz klar geäußert zum Gesetzentwurf, den Sie heute vorgelegt haben, und ganz klar gesagt hat, dass sie keinen Verfassungsschutz light haben wollen, so wie Sie es heute hier vorgestellt haben. Sie waren, wenn ich das richtig recherchiert habe, Mitglied



Grünen sollen sie wieder eingeführt werden, wenn es Sinn mache.

„In diesem Vorhaben ist mehr Geheimdienst drin, als der euphemistische Titel des Grüne-Artikelgesetzes ‚zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz und Neufassung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes‘ auf den ersten Blick errahen lässt“, monierte der LINKE-Abgeordnete und erneuerte die Forderung seiner Fraktion nach Abschaffung des Amtes und Einrichtung einer unabhängigen Informations- und Dokumentationsstelle zum Schutz der Grundrechte und Demokratie.

In der Landtagsdebatte hatte sich auch die LINKE Abgeordnete Katharina König zu Wort gemeldet. An die Adres-

des Erfurter Bürgerkomitees und einige von denen haben damals als Vertreter am 9. Januar 1990 eine Erklärung herausgegeben und als Mitglied des Erfurter Bürgerkomitees haben Sie - zumindest habe ich nichts gefunden - dem nicht widersprochen.

Darin steht unter drittens: Sofortige und vollständige Auflösung der Staatssicherheit und aller Nachfolgeeinrichtungen, auch des bereits arbeitenden Amtes für Verfassungsschutz. Und eine ähnliche Erklärung gibt es von bundesweiten Oppositionellen aus dem Jahr 1991, die genau diese Komplettauflösung der Geheimdienste fordern, und das unter anderem auf der Grundlage der Erfahrungen der Oppositionellen in der DDR.“

VON A BIS Z:

Energiearmut

Angesichts der massiven Zunahme der Energiearmut in Deutschland erklärte Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Stagnierende Reallöhne, mangelhafte Anpassungen der Kosten für Unterkunft und Heizung sowie der Hartz IV-Regelsätze führen zu einer massiven Verschärfung der sozialen Situation, auch in Fragen der energetischen Sicherheit. Strom- und Energiesperren werden für immer mehr Betroffene bittere Realität.“ Inzwischen leiden 17 Prozent der Haushalte in der Bundesrepublik unter Energiearmut. Die Preise an den Strombörsen sinken zugunsten der Gewinne der Stromkonzerne, die Endverbraucher zahlen dafür immer mehr drauf. „Stromsperren sind längst kein gesellschaftliches Randphänomen mehr. Es ist dringend geboten, dieses Thema deshalb auch nicht mehr randständig zu behandeln. DIE LINKE bleibt bei Ihrer Forderung nach einem Verbot von Energiesperren, auch weil der Zugang zu Strom und Wärme für ein menschenwürdiges Leben unabdingbar ist. Kommunale Stadtwerke und Energieversorger müssen zudem dafür Sorge tragen, dass den schlimmsten Auswüchsen der Energiearmut mit einem Sozialtarif begegnet wird“, forderte der Sozialpolitiker und sagte auch, „wenn Kaufhallen und Modegeschäfte, Golfplätze und Thüringer Ministerien auf Kosten der anderen Energiekunden sich von der EEG-Umlage befreien lassen, dann ist dies weder ökologisch nachhaltig, noch sozial verträglich“.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 19. bis 21. März sowie vom 9. bis 11. April statt.

Seniorenkonferenz:

Zu einer Kommunalpolitischen Seniorenkonferenz, bei der es u.a. um eine Diskussion des Seniorenmitwirkungsgesetzes geht, lädt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein. Diese findet statt am Dienstag, den 8. April, in der Zeit von 10.00 bis 15.00 Uhr in Erfurt, Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, Raum F101.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de.

Breitbandausbau

Zur Versorgung mit breitbandigem Internet in Thüringen erklärte MdL Katharina König: „Auch wenn sich der Ausbaustand verbessert hat, bleiben noch immer fast 100 000 Haushalte von einer passablen Internetverbindung ausgeschlossen. Dreihundert nicht flächendeckend versorgte Orte sind immer noch weit zu viele. Eigentlich müsste man längst die Versorgung mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s ins Auge fassen. Somit aber sind nicht einmal 300 000 Haushalte von circa 1 123 000 Haushalten in Thüringen versorgt. Vor allem der ländliche Raum ist massiv benachteiligt, wenn er von höheren Bandbreiten abgeschnitten bleibt“, betont die netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Berufsschüler

Die Linksfraktion unterstützt die Kritik der Eltern, der Schüler und des DGB an den Regelungen für Fahrt- und Unterbringungskosten für Berufsschüler. Die Landesvorsitzende der LINKEN und ausbildungspolitische Sprecherin der Fraktion, Susanne Hennig, erklärte: „Die Situation für die Berufsschüler spitzt sich seit Jahren immer mehr zu. Während Klassen zusammengelegt und die Wege immer länger werden und viele Ausbildungsentgelte nach wie vor zu niedrig sind, lässt die Landesregierung die betroffenen Familien mit den Problemen allein. Thüringen hat eine der schlechtesten Unterstützungsregelungen aller Bundesländer. Die LINKE setzt sich für ein thüringenweites Azubi-Ticket ein.“

Hebammen

„Wer die schwierige Situation der Hebammen ernst nimmt, darf die Diskussion nicht unnötig verschleppen“, sagte MdL Karola Stange, nachdem in der letzten Landtagssitzung ein Antrag der Grünen dazu nicht mehr behandelt wurde. DIE LINKE hat Vorschläge gemacht, wie die Belastung der Hebammen mit Haftpflichtbeiträgen so gelöst werden könnte, dass keine Geburtshelferin ihren Beruf aufgeben muss. Dazu gehören eine Pflicht für die Versicherer, den Hebammen eine Versicherung anzubieten sowie die Einrichtung eines Fonds, der hohe Schadensfälle ausgleichen kann. „Wir stehen solidarisch an der Seite der Hebammen und setzen uns im Landtag für sie ein“, so die Abgeordnete.